WB-EZ-01-089

Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Manuel Sarrazin (Hamburg-Harburg KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 88 bis 97:
ist demokratisch legitimiert. Aber wie jede Demokratie hat sie Schwächen, die wir abbauen wollen. ~~Wir Grünen engagieren uns deshalb auch auf europäischer Ebene für mehr Beteiligung und transparente Prozesse. Sowohl die nationalen Parlamente als auch das europäische Parlament sind zu wenig in europäische Entscheidungen einbezogen, weil sie nur zwischen den Regierungen fallen. Das wollen wir ändern. Der zentrale Ort europäischer Entscheidungen soll das Europäische Parlament sein. Dazu muss es eigene Gesetzesvorschläge einbringen können. Auch im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion soll es gleichberechtigt zu Rat und Eurogruppe mitentscheiden. Außerdem sollte eine Mehrheit der Abgeordneten die Europäische Kommission und ihre Präsident*in - so wie im deutschen Bundestag - abwählen können.~~Zu oft wird europäische Demokratie zu einseitig über das Handeln nationaler Regierungen legitimiert anstatt über das Europäische Parlament. Das wollen wir ändern. Wir wollen, dass das Europäische Parlament als einzige direkt gewählte EU-Institution der zentrale Ort aller europäischen Entscheidungen wird und das Recht erhält, eigene Gesetzesvorschläge einzubringen. Es muss die alleinige parlamentarische Vertretung für alle Unionsbürger*innen und somit auch für die EU und ihre Währung, den Euro bleiben. Jegliche Formen von Euro-Nebenparlamenten lehnen wir ab. Auch im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion soll das Europäische Parlament gleichberechtigt zu Rat und Eurogruppe mitentscheiden. Um dies effizient vorzubereiten, sollte ein Sonderausschuss für Euro-Fragen mit besonderen Informationsrechten eingerichtet werden. In diesem Ausschuss sollten EU-Abgeordnete unabhängig von ihrer Nationalität mitwirken können. Wir setzen uns dafür ein, dass ein Mitglied der EU-Kommission im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion mit allen Kompetenzen und einem Veto-Recht ausgestattet wird. Diese Person sollte individuell durch das Europäische Parlament ge- bzw. abgewählt werden und den Vorsitz der Euro-Gruppe und des Rats für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) innehaben. Mit diesem "Doppelhut" wäre der Präsident der Eurogruppe gegenüber dem Europäischen Parlament rechenschaftspflichtig. Für Europäische Bürgerinitiativen gibt es heute unnötig hohe Hürden. Die wollen wir Grünen

Begründung

Die demokratische Dimension der WWU ist immer wieder Thema in vielen EU-Reformdebatten. Wir stellen uns hier klar auf und an die Seite des Europäischen Parlaments. Doppelstrukturen, die die EU spalten oder das Europäische Parlament schwächen lehnen wir ab – auch wenn entsprechende Vorschläge teilweise salonfähig geworden sind.

Unterstützer*innen

Danny-Ralph Cäsar (Hamburg-Mitte KV); Johannes Diether Schönfelder (Hamburg-Nord KV); Jim Martens (Hamburg-Eimsbüttel KV); Hendrik Hinrichs (Hamburg-Nord KV); Henry Sorgenfrei (Halle KV); Michael Gwosdz (Hamburg-Altona KV); Ulrich Paulsdorff (Hamburg-Eimsbüttel KV); Jörg Behrschmidt (Hamburg-Mitte KV); Andrej Ferdinand Novak (Forchheim KV); Laura Helena Martin Martorell (Koblenz KV); Gorden Isler (Hamburg-Eimsbüttel KV); Julian von Bülow (Hamburg-Altona KV); Clamor v. Trotha (Hamburg-Wandsbek KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Jan Philipp Albrecht (Wolfenbüttel KV); Carolin Holzhäuser (Berlin-Pankow KV); Omid Nouripour (Frankfurt KV); Luise Amtsberg (Kiel KV); Stephan Bischoff (Magdeburg KV)